

# 90 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung

Ein Rückblick auf das  
Jubiläum am 2. März 2015  
in Berlin





Fr. Kell  




# 90 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung

Ein Rückblick auf das  
Jubiläum am 2. März 2015  
in Berlin

90



## Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde der Friedrich-Ebert-Stiftung,

unsere Stiftung ist 90 Jahre alt geworden! Am 2. März 2015 haben wir den runden Geburtstag mit einem Festakt in Berlin begangen. Nicht ohne Stolz stellen wir fest: Nur wenige Organisationen in Deutschland können wie wir auf neun Jahrzehnte erfolgreicher gesellschaftspolitischer Arbeit zurückblicken. Mit der Gründung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 1925 begann hierzulande die Demokratieförderung durch politische Stiftungen, die im Ausland bis heute große Anerkennung findet.

Dabei verlief die Erfolgsgeschichte der Stiftung nicht reibungslos, im Gegenteil, die FES hatte im Laufe der Zeit vielfältige Herausforderungen zu meistern: In der Zeit des Nationalsozialismus wurde sie verboten und nach dem Krieg unter schwierigen Bedingungen wieder gegründet. Damit begannen der Aufbau regionaler Bildungsangebote in ganz Deutschland und die schrittweise Einrichtung von Auslandsbüros in über 100 Ländern weltweit.

Wandel und Konstanz haben die Stiftung über die Jahrzehnte geprägt: Die gesellschaftspolitische Arbeit richtet sich immer auch nach den politischen Entwicklungen, die Bildungsangebote greifen aktuelle Themen in neuen Formaten auf. Doch Grundlage aller Aktivitäten bleiben stets die Werte der Sozialen Demokratie: Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit. Überall bilden und beraten, unterstützen und vernetzen wir Menschen, Organisationen und Bewegungen, die diese Werte teilen.

Zur Feier des Jubiläums kamen in Berlin mehr als 1000 Gäste aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien zusammen. Die Resonanz zeigt die hohe Wertschätzung für unsere Arbeit und die feste Verankerung der Stiftung in der Gesellschaft und bei ihren Partnerorganisationen. Bundespräsident Joachim Gauck und der ehemalige Präsident Polens Aleksander Kwaśniewski würdigten in ihren Reden unsere Arbeit im In- und Ausland. Als Erinnerung und für diejenigen, die nicht dabei sein konnten, haben wir in dieser Broschüre Eindrücke von der Jubiläumsfeier zusammengetragen und geben Einblicke in die Geschichte der Stiftung wie in unsere aktuelle Arbeit. Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen und Schauen und freuen uns auf weitere Jahrzehnte engagierter Arbeit.

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Beck', written in a cursive style.

Kurt Beck  
Ministerpräsident a. D.  
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

# Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck anlässlich des Festakts zum 90. Jahrestag der Gründung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 2. März 2015 in Berlin



Dies ist ein Tag des Respekts und der Dankbarkeit. Wir erinnern heute an eine bedeutende Persönlichkeit und an ein bedeutendes Ereignis der deutschen Demokratiegeschichte. Vor fast genau 90 Jahren, am 28. Februar 1925, starb Friedrich Ebert, der erste Präsident der Weimarer Republik, hier in Berlin. Und nur wenige Tage später wurde in seinem Namen die Stiftung gegründet, die sein politisches Vermächtnis bewahren sollte.

Der 90. Geburtstag der Friedrich-Ebert-Stiftung ist ein guter Grund zum Feiern und das wollen wir auch tun. Wir übersehen dabei nicht, dass die Stiftung, die von den Nationalsozialisten verboten worden ist und erst nach dem Zweiten Weltkrieg wieder neu gegründet wurde, dass diese Stiftung für die Tradition demokratischen Denkens und Handelns in unserem Land steht. Sie steht für eine Tradition, auf die wir mit Stolz schauen und auf die wir uns mit Stolz berufen können. Ich freue mich deshalb ganz besonders, heute Abend hier bei Ihnen sein zu dürfen!

Dieser 90. Geburtstag der Stiftung lädt aber auch dazu ein, einen Moment innezuhalten. Denn wir denken heute an deren Namenspatron, an einen Mann, der die erste deutsche Republik unermüdlich gegen ihre Feinde von links wie von rechts verteidigt hat und zwar bis zu seinem Tod. Ihn zu würdigen bedeutet zugleich, sich bewusst zu machen, wie kostbar und wie zerbrechlich demokratische Ordnungen sind. Und welchen Dank wir den zahllosen Menschen schulden, die in Deutschland für Freiheit und Demokratie gekämpft haben wie Friedrich Ebert, viele auch unter Einsatz ihres Lebens.

In der Eingangshalle von Schloss Bellevue, links neben der Tür zum Park, dort hängt ein Porträt von Friedrich Ebert. Es ist ein großes Ölgemälde, das von Emil Orlik stammt, der es im Jahr 1920 gemalt hat. Wenn ich Gäste empfangen, so wie heute etwa Jean-Claude Juncker oder den italienischen Staatspräsidenten, dann mache ich gerne halt an diesem Bild und erkläre, wer darauf zu sehen ist. Und so möchte ich auch heute wenigstens einen Augenblick verweilen bei dieser eindrucksvollen Persönlichkeit.

Friedrich Ebert war ein Symbol der Revolution und des demokratischen Staates. Ein Reichspräsident aus dem Volk, auch im Amt „bescheiden-würdig“, wie Thomas Mann es ausdrückte, ein „Bürger unter Bürgern“. Seine politischen Gegner mochten das nicht, einen Mann aus der Mitte des Volkes als Nachfolger eines Kaisers. Sie verhöhnten ihn als „Schneidersohn, Sattlerlehrling und Schankwirth“, verspotteten ihn als „mittleren Bürger“ und „Papiermenschen“. Das waren durchaus nicht immer nur die Menschen von rechts außen, sondern das konnte auch von links außen kommen, dieses Herabblicken auf eine Person, die es verstanden hat, den Sozialismus und die Demokratie gedanklich und politisch miteinander zu verbinden.



Jeder der Angriffe auf den Reichspräsidenten war übrigens auch ein Angriff auf die Demokratie.

Denn Friedrich Ebert verkörperte die Weimarer Republik wie kaum ein anderer. In einem politischen Klima, das von rechts durch die „Dolchstoßlegende“ vergiftet war, bekannte er sich zur parlamentarischen Demokratie und setzte ihre Prinzipien in die Tat um. Er war ein Mann des Ausgleichs, der in einer ideologisch zerrissenen Gesellschaft für Verständigung und Kompromisse warb. Ein Patriot und Reformers, der die Parteien der Weimarer Koalition beharrlich drängte, über weltanschauliche Gräben hinweg zusammenzuarbeiten.

Ebert wollte eine politische Ordnung, die allen Bürgern die gleiche Chance bot, ihre Werte zu leben und ihre Interessen friedlich durchzusetzen – vorausgesetzt, sie waren bereit, sich den demokratischen Spielregeln zu unterwerfen. Sein demokratischer Sozialismus zielte auf eine Gesellschaft, in der nicht Stand und Herkunft über den Bildungsweg oder den beruflichen Erfolg entscheidet. Er wollte eine politische Kultur, in der Argumente zählen und in der Demütigungen und Diffamierungen keinen Platz haben sollten.

Er, der von seinen Gegnern so wenig respektiert wurde, der so bittere Erfahrungen machte und so sehr litt unter den Weimarer Verhältnissen, wandte sich doch nie ab von der Republik. Er war ein Visionär aber mit Augenmaß, der sich leidenschaftlich, allen Widerständen, aller Polemik und aller Gewalt zum Trotz, für die parlamentarische Demokratie engagierte. Bis zuletzt tat er das ihm Mögliche, mit aller Kraft und ohne Rücksicht auf seine Gesundheit. Er war ein Pragmatiker, der um die Mühen der Ebene wusste. Einer, der überzeugt war, dass es in der Politik keine einfachen Antworten gibt und keine absoluten Wahrheiten und keine Erlösung. Er blieb dieser Haltung treu, obwohl zu seiner Zeit rechte wie linke Erlösungsprogramme Konjunktur hatten. Er blieb unbeirrt in seinem Eintreten für Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und die parlamentarische Demokratie.

Ich verneige mich vor einem großen Sozialdemokraten und einem großen Deutschen. Auch wir heutigen Bürger der zweiten deutschen Demokratie haben Gründe genug, Friedrich Ebert – und mit ihm anderen Verteidigern der Demokratie – dankbar zu sein.

Seit Jahrzehnten bewahrt die Friedrich-Ebert-Stiftung das politische Erbe ihres Namensgebers. In Deutschland und in vielen anderen Ländern der Welt leistet sie einen Beitrag, um Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit zu ermöglichen. Immer wieder ist es ihr dabei gelungen, ihr Handeln an veränderte Bedingungen anzupassen, ohne ihren Prinzipien untreu zu werden. Immer wieder hat sie sich als lernende Organisation beweisen können, im besten Sinne.

Was mich besonders beeindruckt, ist die Vielfalt ihres Engagements. Man muss das nur einmal aufzählen: Die

Stiftung fördert politische Bildung im Geist von Demokratie und Pluralismus. Sie bewahrt die Erinnerung an die historischen Wurzeln von Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Immer wieder bereichert sie den politischen Diskurs in unserem Land mit Analysen und Konzepten, mit Kritik und Ideen. Sie trägt zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei, indem sie begabten jungen Menschen ein Studium ermöglicht, deren Eltern sich das nicht leisten können – und sie bietet ihren Stipendiaten Begleitung, intellektuelle Inspiration und Vernetzung während des Studiums und auch danach.

Darüber hinaus leistet die Friedrich-Ebert-Stiftung seit Jahrzehnten einen unverzichtbaren Beitrag zur grenzüberschreitenden Verständigung und Zusammenarbeit, ob bei der Überwindung der diktatorischen Regime in Griechenland, Portugal und Spanien, im Zuge der europäischen Einigung, bei der Stärkung des transatlantischen Verhältnisses oder mit ihrem weltweiten Einsatz für zivile Konflikt- und Friedenssicherung.

Mehr als 100 Auslandsbüros rund um den Globus sind der beste Beweis: Die Stiftung ist längst zu einer international geachteten Institution geworden. Ihre Mitarbeiter arbeiten eng mit den Menschen in der jeweiligen Region zusammen, insbesondere indem sie Menschen ermutigen, Teilhabe einzufordern – im Bereich der Politik wie im Bereich der Wirtschaft. Sie kooperieren beispielsweise mit Kleinbauern und Genossenschaften, mit Gewerkschaften, mit Verbänden, auch mit Parteien und Regierungen. Beide Seiten können so voneinander lernen und Vertrauen aufbauen. Im Laufe der Jahre hat die Friedrich-Ebert-Stiftung auf diese Weise ein weltumspannendes Netz geknüpft. Sie hat nicht nur politische und wissenschaftliche Partner gewonnen, sondern auch Freunde für unser Land.

Wir feiern heute den 90. Geburtstag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Und deswegen ist es naheliegend, dass sie im Mittelpunkt steht. Doch was ich über ihr Wirken gesagt habe, steht – und das ist für mich immer wieder ein Grund zur Freude – beispielhaft für die Arbeit aller unserer politischen Stiftungen. Es gibt Gründe genug, den Stiftungen und ihren Gästen am heutigen Tag danke zu sagen.

Sie alle engagieren sich als unabhängige Akteure in Deutschland, in Europa und in der Welt. Was sie dabei über Parteigrenzen hinweg verbindet, ist ihre Ausrichtung an den Menschen- und Bürgerrechten. Sie sind also Wegbereiter einer toleranten und aufgeklärten Weltbürgergesellschaft. Das ist nicht immer einfach. Ich habe das bei einigen meiner Auslandsbesuche erlebt, grade dort, wo die Demokratie ein zartes Pflänzchen ist oder wo es sich um Transformationsgesellschaften handelt, gerade dort sind die Angestellten und die Mitarbeiter der Stiftungen nicht besonders auf Rosen gebettet – dort verdächtigt man sie bisweilen sogar. Noch größer ist mein Respekt davor, dass sie bleiben, so lange es nur irgend geht, und dass sie an vielen Stellen auch viel Wandel herbeigeführt haben.

Die Menschen, über die ich eben gesprochen habe, sie sind ein leuchtendes Beispiel der Demokratie und dafür danke ich von Herzen!

Zwei Verdienste der politischen Stiftungen, die mir besonders wichtig sind, möchte ich heute hervorheben.

Das eine ist die Stärkung von Bürgergesinnung und die Stärkung von Verantwortungsbereitschaft in den östlichen Bundesländern in den Jahren nach der Wiedervereinigung. Ich habe das ganz konkret erlebt, bevor ich Bundespräsident wurde, und zwar in meinen früheren Tätigkeiten, etwa durch die Arbeit der Leipziger Friedrich-Ebert-Stiftung, etwa durch die Tagungen mit dem Bautzen-Forum. Als Mecklenburger und langjähriger Bewohner der DDR weiß ich, wie schwer vielen von den Menschen aus der DDR der Übergang von der Diktatur zur Demokratie fiel. Und zwar gilt das nicht nur für die Feinde der Demokratie, sondern es gilt für sehr viele Menschen, die es nicht haben lernen dürfen, wie es ist, ein freier Bürger zu sein, in einer freien Gewerkschaft zu sein, in einem freien Medium zu arbeiten, die eigene Verantwortungsfähigkeit zu trainieren. Alle diese Dinge konnten wir nicht trainieren wie unsere Landsleute in den westlichen Ländern. Und daher rührt es, dass es manchmal so scheint, als hätten wir im Osten und im Westen unterschiedliche politische Kulturen. Das hat aber nichts mit dem Charakter zu tun, sondern mit fehlenden Chancen. Und solche Situationen gibt es in vielen Bereichen Europas und weltweit. Wir brauchen besondere Sensibilität für Menschen, die in den Transformationsgesellschaften lernen müssen und lernen wollen, was es heißt, ein Citizen zu sein. Eigene Fähigkeiten und eigene Verantwortungsbereitschaft leben zu können, das ist eine der Hauptaufgaben.

Nach der friedlichen Revolution 1989, als wir alle dachten, die Arbeit ist getan und Freiheit erignet sich von selbst, da standen wir alle aber vor der Aufgabe, die neu gewonnene Freiheit im demokratischen Alltag zu gestalten. Und bei diesen Transformationsprozessen waren unsere Stiftungen unendlich aktive Helfer.

Es ist eine wunderbare Situation, wenn es gelingt, Menschen einladend auf neue Wege zu bringen, statt sie anzutreiben mit Kommandos. Und deshalb ist die Fähigkeit, im offenen Dialog Lernbereitschaft zu erzeugen und sich an die Seite der Lernenden zu stellen, so ein wichtiges Hilfsmittel bei solchen Transformationsprozessen.

Das hilft dann vielen auch, über Enttäuschungen und über Lebensbrüche hinwegzukommen. Sie sehen dann plötzlich klarer ihre Perspektiven. So wurde dann das Wachstum einer freiheitlichen Bürgergesellschaft gefördert.

Ein anderes Verdienst, das zweite der politischen Stiftungen, das ich heute ausdrücklich erwähnen möchte, ist das internationale Engagement für Freiheit, für Demokratie und für Rechtsstaatlichkeit.

Herr Präsident Kwaśniewski, ich vermute, Sie werden gleich auf eine besondere Erfolgsgeschichte der Zusammenarbeit von deutschen und polnischen Stiftungen und ihren regionalen Partnern eingehen, in der Zeit der Transformation in Polen und anderen Ländern Ostmitteleuropas nach dem Ende des Kalten Krieges. Und auch in anderen Teilen der Welt, in Westeuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika, haben politische Stiftungen gemeinsam mit ihren regionalen Partnern viel erreicht.

Mir ist klar, dass sich draußen, bei den internationalen Partnern in den vergangenen zehn Jahren vieles verändert hat. Die Welle der Demokratisierung, die nach der historischen Zäsur von 1989 und 1990 viele Länder erfasst hat, sie hat an Kraft verloren. Wir erleben sogar heute, dass die Attraktivität der westlichen Demokratie in manchen Regionen abgenommen hat. Wir erleben, dass autoritäre Regierungen die politischen Stiftungen mit Misstrauen und Argwohn beobachten. Manche setzen zivilgesellschaftliche Akteure in ihren Ländern sogar gezielt unter Druck, greifen zu Repressalien oder betreiben eine Politik der Einschüchterung.

Niemand weiß es besser als Sie: In einer Welt, in der vieles in Unordnung geraten ist, ist die Arbeit der politischen Stiftungen im Ausland schwieriger geworden, oft auch gefährlicher. Aber es wäre völlig falsch, darauf mit Rückzug zu reagieren. Denn die Menschen- und Bürgerrechte, die in der Charta der Vereinten Nationen kodifiziert sind, sind keine exklusive Angelegenheit des Westens. Es sind universelle Rechte, die dem Einzelnen ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglichen. Es sind Rechte, nach denen sich die Unterdrückten und Verfolgten in vielen Ländern der Welt sehnen.

Mehr denn je brauchen wir deshalb politische Stiftungen, die im Ausland von unseren Erfahrungen mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit berichten, die Menschen insbesondere in Transformationsgesellschaften inspirieren und motivieren, die Demokratie aktiv mitzugestalten. Wir brauchen Stiftungen, die dies gemeinsam mit gesellschaftlichen Partnern in den Gastländern gestalten – transparent, vertrauensvoll und verlässlich. Stiftungen also, die im Geist Friedrich Eberts hinaustreten in die Welt, ganz egal welcher Partei sie nun nahestehen.

Wie lebendig dieser Geist weiterhin ist, dafür sind Sie alle hier der beste Beweis. Ihr Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte, für Demokratie ist und bleibt unverzichtbar. Ich danke Ihnen von Herzen für Ihr Engagement. Und ich wünsche der Friedrich-Ebert-Stiftung von Herzen alles Gute zum Geburtstag.



# Rede des ehemaligen Präsidenten der Republik Polen Aleksander Kwaśniewski anlässlich des Festakts zum 90. Jahrestag der Gründung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 2. März 2015 in Berlin



Herzlichen Dank für die Einladung zu den Jubiläumsfeierlichkeiten und die wunderbare Einstimmung mit der Musik von Chopin. Ich gratuliere Ihnen zum 90. Jahrestag! Wie man sieht, hat sich unser Held, unser Geburtstagskind – die Friedrich-Ebert-Stiftung – hervorragend gehalten. Ich möchte mich nicht nur persönlich, sondern auch im Namen all jener Polen bedanken, die im vergangenen halben Jahrhundert Gäste, Stipendiaten und zum Teil auch Partner der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung waren. Herzlichen Dank für alles!

Wir erinnern uns an damals: Die Welt war in zwei feindliche Blöcke gespalten, Europa durch den Eisernen Vorhang zerschnitten, und die Deutschen und die Polen waren getrennt durch die erlittenen Traumata der Nachkriegszeit, die Erinnerung an den deutschen Überfall auf Polen und die völkervernichtende Besatzung, an die Aussiedlungsschicksale der Deutschen nach dem Krieg aus den Gebieten, die in Potsdam Polen und der Sowjetunion zugeteilt worden waren. Ein Stachel im deutschen Bewusstsein war die Teilung des Landes in zwei feindliche Staaten. Im polnischen Bewusstsein war es die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik. Die 1961 errichtete Berliner Mauer war für die Deutschen ein Schock. Sie schnitt Millionen von DDR-Bürgern vom Westen ab. Sie zeigte den Deutschen, dass die beiden Supermächte die Trennungslinie zwischen den beiden Einflusssphären in Europa respektierten. Und sie zerstörte die in der Bundesrepublik geltende Doktrin vom provisorischen Charakter der deutschen Teilung und der polnischen Grenze.

Es ist kein Zufall, dass die neue deutsche Ostpolitik in der Umgebung von Willy Brandt, des sozialdemokratischen Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin, ihren Anfang nahm. Hier standen 1961 sowjetische und amerikanische Panzer einander feindlich gegenüber. Und hier verlief die Mauer auf besonders drastische Weise quer durch viele Familien. Die 1963 von Egon Bahr geprägte Formel „Wandel durch Annäherung“ besagte, dass sich die Deutschen, selbst wenn die westlichen Verbündeten sich schon mit der Berliner Mauer abgefunden hätten, durch eine Politik der kleinen Schritte wenigstens darum bemühen könnten, sie durchlässiger zu machen. Man müsse also mit der anderen Seite reden – beispielsweise über Passierscheine für die Westberliner. Und dies bedeutete einen Bruch der in Bonn geltenden Doktrin, dass die in Anführungszeichen gesetzte „DDR“ lediglich eine sowjetische Besatzungszone war, mit der man nicht sprach.

Ziel dieser neuen „Ostpolitik“ war es, die deutsch-deutschen zwischenmenschlichen Kontakte zu erleichtern. Es zeigte sich aber bald, dass ihr Kernstück die Anerkennung des anderen



deutschen Staates und der polnischen Westgrenze war. Dies wiederum machte es notwendig, dass man über die Regeln der Realpolitik hinausging – erforderlich war eine grundlegende Änderung der Haltung dem östlichen Nachbarn gegenüber. Seit fast 200 Jahren war er in der deutschen Wahrnehmung mit Missachtung gestraft und war eher als Objekt der deutschen, russischen oder französischen Europapolitik behandelt worden, nicht aber als enger Partner.

Ich bitte um Nachsicht, dass ich heute dieses ABC der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen wiederhole. Aber gerade in diesem Jahr gibt es dafür gute Gründe. Genau ein halbes Jahrhundert ist seit der Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland vergangen, an der der kürzlich verstorbene Bundespräsident Richard von Weizsäcker mitgewirkt hatte; der Brief der polnischen Bischöfe mit dem wegweisenden Satz „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ markierte den Beginn eines Umbruchs in den deutsch-polnischen Beziehungen, in der deutschen Denkweise gegenüber Polen und den Polen. Es waren aber westdeutsche Sozialdemokraten, die den politischen Dialog zwischen der Bundesrepublik und dem Polen, wie es damals war, also der Volksrepublik, initiierten. Ihre Stiftung hat sich um diesen Dialog außerordentlich verdient gemacht. In den Archiven haben Sie sicherlich sorgfältige Aufzeichnungen über all die Symposien, Vorträge, öffentlichen Diskussionen und vertraulichen Begegnungen, zu denen polnische Referenten eingeladen wurden und die so die Ost-Öffnung vorbereiteten. In Polen sind zahlreiche Spuren davon in den Erinnerungen des Politologen Prof. Mieczysław Tomala zu finden, dem Willy Brandt in Warschau von seiner polnischen Großmutter erzählt hatte. Oder in den Tagebüchern von Mieczysław Rakowski, der als Chefredakteur des Magazins „Polityka“ in den 60-er Jahren auch Emissär von Gomułka in deutschen Fragen war und von den Genossen in Ost-Berlin in Moskau als „verkappter Sozialdemokrat“ angeschwärzt wurde. Auch hieran hat Ihre Stiftung ihren Anteil, meine sehr geehrten Damen und Herren!

[...]

Weder die sozialdemokratische Ostpolitik der 60-er Jahre noch die heutige Ostpolitik von Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier bedeuten eine Rückkehr zum „Deutschen Sonderweg“ aus dem 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Willy Brandt führte die von Kennedy und Chruschtschow eingeleitete Entspannungspolitik fort und Angela Merkel genießt – bei allen Unterschieden in den Schwerpunkten – die Unterstützung sowohl der EU-Mitgliedstaaten als auch Washingtons und Ottawas. Im Übrigen befürwortete Henry Kissinger bereits 1975 die Konferenz von Helsinki, die auf der einen Seite die Hegemonie des Kremls in Mittel- und Osteuropa bestätigte, auf der anderen Seite aber die Staaten des „realen Sozialismus“ zu einer gewissen Öffnung gen Westen

verpflichtete, zu einer größeren Meinungs- und Reisefreiheit. Es war die Schlussakte von Helsinki, auf die sich jetzt die oppositionellen und Dissidentenbewegungen bis zum Ausbruch der Solidarność-Bewegung in Polen 1980 berufen konnten.

Während zur Zeit der Vizekanzlerschaft und der Kanzlerschaft von Willy Brandt das Gerüst der „Normalisierung“ zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik aufgebaut wurde, wurden während der Amtszeit von Bundeskanzler Helmut Schmidt die Fundamente für den nun bereits öffentlichen polnisch-deutschen Dialog und die Annäherung zwischen der Bevölkerung der beiden Länder „von unten“ gelegt. Teil dieser Annäherung waren die spontanen Sympathiebekundungen der Deutschen gegenüber der polnischen Fußballmannschaft im Jahre 1974 und die Schulbuchkonferenz, die in beiden Ländern heftigen Widerstand seitens der Unversöhnlichen hervorrief. Zu diesem Dialog beigetragen hat auch die Beliebtheit polnischer Schriftsteller, Musiker und Filmemacher in Deutschland und deutscher – wie z.B. Grass und Lenz – in Polen. Und schließlich, auch dies sei hier erwähnt, die Öffnung in den 70-er Jahren – von der auch ich selbst profitierte –, die den Polen eine relativ weitgehende Reisefreiheit im Westen gewährte.

Millionen junger Menschen lernten damals die westliche Lebensart kennen, lernten Fremdsprachen, erfuhren, wie eine parlamentarische Demokratie und der freie Markt funktionierten. Die einen aus der Perspektive des sprichwörtlichen Tellerwäschers; die anderen wiederum lernten den Westen als Stipendiaten kennen – u.a. Ihrer Stiftung. Unter anderem ist es Ihnen zu verdanken, dass Polen zum Zeitpunkt der großen europäischen Revolution 1989 auf eine gut vorbereitete junge Generation zurückgreifen konnte, die auf die Einleitung der Reformen des Systems gut vorbereitet war. Ich kann nicht genau sagen, wie viele Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung im Frühjahr 1989 auf beiden Seiten der Warschauer Runden Tische und später bei der Transformation in Polen dabei waren, aber Klaus Reiff, über den damals die Unterstützung auch für die „Solidarność“ lief, könnte sie mit Sicherheit alle nennen.

Die 70-er Jahre waren auch auf deutscher Seite bahnbrechend für die Änderung der Haltung gegenüber den Polen. Zwar waren die Machthaber der Volksrepublik Polen gegen die Gründung eines Jugendwerks nach deutsch-französischem Muster und gegen die Einrichtung eines Goethe-Instituts in Polen, es wurden aber die ersten Städtepartnerschaften ins Leben gerufen. In Westdeutschland schossen damals die unterschiedlichsten deutsch-polnischen Vereine wie Pilze aus dem Boden. Sie organisierten – u.a. mit Unterstützung Ihrer Stiftung – für Schüler, Studenten, Lehrer, junge Politiker Studienreisen nach Polen. Nachdem im Jahre 1972 der Vatikan die Diözesangrenzen neu geregelt hatte, verschwand auch der

letzte strittige Punkt zwischen den Episkopaten der beiden Länder. Auf Initiative deutscher und österreichischer Kardinäle wurde im Jahre 1978 ein Pole, Karol Wojtyła, zum Papst gewählt. Die in den 70-er Jahren geknüpften Kontakte hielten dem 1981 in Polen als Reaktion auf den Ausbruch der Solidarność-Bewegung und die Gefahr einer sowjetischen Intervention verhängten Kriegsrecht stand. Aus der von Ihrer Stiftung herausgegebenen Dokumentation von Albrecht Riechers – dem Vorsitzenden der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Hannover, seinerzeit der größten in Deutschland – geht hervor, dass die „Paketaktion“, die Millionen von Menschen zugute kam, eine echte Mobilmachung der Solidarität mit den Polen war.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn es in Polen nach der Maueröffnung nicht den geringsten Versuch gab, den Prozess der deutschen Wiedervereinigung aufzuhalten – obgleich Warschau Anregungen dieser Art aus verschiedenen Teilen Europas erhielt –, dann nicht nur deshalb, weil das nationale Interesse und das Gespür für Realpolitik die Polen nach Westen drängten, sondern auch, weil in den vorangegangenen 25 Jahren die Grundlagen einer wirklichen Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen gelegt worden waren. Vertreter der Kirchen, herausragende Persönlichkeiten aus Kultur und Politiker konnten Richtungen aufzeigen, und die öffentliche Meinung konnte Diskussionen darüber führen, inwieweit man der anderen Seite bereits vertrauen konnte.

Letzten Endes entschieden die beiden Gesellschaften aber selbst, ob sie füreinander gute Nachbarn sein wollten und konnten, Nachbarn, die sich in den anderen mit seinen traumatischen Erfahrungen hineinversetzen konnten. Die aktive und andauernde Unterstützung dieses Umbruchs in unseren gegenseitigen Beziehungen ist das Verdienst zahlreicher privater und politischer Institutionen: der Bundeszentrale für politische Bildung und der Länderzentralen, evangelischer Akademien wie der in Loccum, katholischer wie der in München; sie ist das Verdienst privater Stiftungen wie der Bertelsmann-, Bosch- und der Hertie-Stiftung. Unter den parteinahen Stiftungen – und das möchte ich ausdrücklich betonen – ist es die Friedrich-Ebert-Stiftung, die hier die wichtigste und aktivste Rolle gespielt hat.

[...]

Meine Damen und Herren,

abschließend möchte ich mich noch einmal auf den Namensgeber Ihrer Stiftung berufen, Friedrich Ebert, der vor genau 95 Jahren Präsident des im Krieg besiegten und innerlich zerrütteten Deutschlands wurde. Er war, wie Golo Mann schrieb, einer der fähigsten sozialdemokratischen Politiker, ein Mann der goldenen Mitte, der praktischen Arbeit, fremd jeder theoretischen Haarspal-

tere. An Sozialismus glaubte er wohl, fester glaubte er aber an Demokratie. Er führte die SPD im August 1914 als „Staatsmann“. Und als er im September 1918 in die Regierung eintrat, wusste er, wozu er von Ludendorff gezwungen werden würde. Er wollte in Deutschland keinen russischen Aufruhr. Im Januar 1919 schlug er den Spartakusaufstand im Bündnis mit rechten Offizieren nieder, sorgte aber für die Einführung des Achtstundentags, für ein Arbeitslosengeld-System und im Rahmen des Möglichen für Arbeitsplätze für demobilisierte Soldaten ... Als Präsident nahm er auch das Odium auf sich, das mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags durch Deutschland verbunden war. Seine Partei war 15 Jahre lang eine Säule der Republik, die – brutal von links und rechts angegriffen – schließlich durch die totalitären Sehnsüchte der Mehrheit der Bevölkerung, die durch die Niederlage von 1918 frustriert war, zerstört wurde. Das Resultat war die Schmach des Vernichtungskriegs.

Dies ist Teil I der Geschichte des deutschen Schicksals im 20. Jahrhundert – eine Mahnung für all jene Völker in Europa, die nicht in der Lage sind, ihre imperialen oder Großmacht-Träume zu vertreiben, der Versuchung der Revanche nachgeben und so in eine weitere Katastrophe stürzen.

Es gibt aber auch einen zweiten Teil dieser Geschichte – eine heute wichtige Botschaft für Osteuropa oder den Balkan. Es ist die Nachkriegsgeschichte des Aufbaus einer Partnerschaft zwischen einstigen „Erbfeinden“ sowie des erfolgreichen Systemwandels in Gesellschaften nach historischen Umwälzungen. Davon sprach auch Bundespräsident Gauck und ich stimme vollends mit ihm überein. In diesem Bereich hat die Friedrich-Ebert-Stiftung, meine Damen und Herren, liebe Freunde, im vergangenen halben Jahrhundert ein enormes Kapital an Erfahrungen angesammelt. Dies ist jetzt nicht der Moment, um alle Projekte, Programme und das Engagement der Friedrich-Ebert-Stiftung, sei es in Polen allein oder in ganz Mittel- und Osteuropa, in Erinnerung zu rufen. Das Jubiläum bietet aber eine Gelegenheit, um mich im Namen aller sowie persönlich recht herzlich für alles, was Sie getan haben, zu bedanken. Für all das, wovon wir profitieren konnten. Für das, was wir gemeinsam erreicht haben. Dafür, dass viele unserer Träume in Erfüllung gehen konnten. Ich danke Euch also, ich danke der Friedrich-Ebert-Stiftung und möchte sagen, dass die Aufgabe nicht erfüllt ist, dass viel Arbeit vor uns liegt – möge diese uns Erfolg und den Menschen Frieden, Demokratie und Hoffnung bringen.

Vielen Dank!



# Jubiläum und Alltag – Eindrücke aus der Arbeit der FES





# Die FES heute

Die Friedrich-Ebert-Stiftung trägt mit ihrer Arbeit im In- und Ausland dazu bei, dass Menschen an der Gestaltung ihrer Gesellschaften teilhaben und für Soziale Demokratie eintreten. Rund 660 Mitarbeiter\_innen engagieren sich im Sinne des FES-Leitbilds in den Zentralen in Bonn und Berlin, in bundesweit 13 Landes- und Regionalbüros sowie in mehr als 100 Auslandsvertretungen. Die Stiftung erreicht mit ihren vielfältigen Angeboten junge wie alte Menschen, Laien, Expert\_innen und Politiker\_innen nicht nur in den städtischen Zentren, sondern dezentral in vielen kleinen Orten.

**Politische Bildung:** Die FES vermittelt mit Veranstaltungen und Publikationen grundlegendes Wissen über Politik und ermöglicht den Zugang zu aktuellen Debatten. In Seminaren, Workshops und Trainings, in Landes- und Regionalbüros, auf Theaterbühnen oder in Online-Formaten werden Menschen informiert und dafür gewonnen, sich politisch einzubringen. Zu brisanten Themen können Bürger\_innen mit prominenten Gästen diskutieren, um sich eine eigene Meinung zu bilden. Politisch, gewerkschaftlich oder bürgerschaftlich Engagierte erwerben praktische Kompetenzen, um sich aktiv in die Gemeinschaft einzubringen, etwa im Stadtrat, in der Schule oder im Ehrenamt. Ziel ist, dass das neue Wissen für eigenes Engagement genutzt werden kann.

**Politikberatung:** Als internationaler Think Tank bietet die FES Analysen und Studien, Hintergrundinformationen und Impulse für eine Politik der Sozialen Demokratie. Sie schafft Plattformen für Dialog zwischen innovativen Kräften aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik, Gewerkschaften und Wirtschaft. Aus eigener Expertise entstehen konkrete Vorschläge für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Politik in allen relevanten Politikfeldern. So gelingt es, in der Öffentlichkeit Themen zu setzen und FES-Beiträge in die laufenden politischen Diskurse zu integrieren. Das wird anerkannt: Stets ist die FES in internationalen Rankings auf den vorderen Plätzen zu finden.

**Internationale Arbeit:** Die FES ist seit Jahrzehnten als Partner der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik etabliert. Überall sind die Mitarbeiter\_innen bemüht, die demokratischen Kräfte zu identifizieren und politischen Nachwuchs zu stärken. Ein wesentlicher Auftrag der internationalen Arbeit ist die Stärkung freier Gewerkschaften. Die FES vertritt dabei die Interessen des DGB und seiner Mitglieder im Ausland. In Europa sind die Gestaltung der Europäischen Union und die Akzeptanz der europäischen Idee zentrale Themen. Die FES-Büros arbeiten in regionalen und globalen Projekten zusammen. Grundsätzliche Ansätze etwa in der Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik werden länderübergreifend entwickelt. Dialogange-

bote, Publikationen und Beratung in Deutschland tragen dazu bei, dass politische Analyse, Diskussion und Handeln ineinandergreifen.

**Studien- und Promotionsförderung:** Chancengerechtigkeit in der Bildung ist ein wesentliches politisches Ziel der Sozialen Demokratie. Die FES-Studienförderung unterstützt engagierte junge Menschen aus dem In- und Ausland mit einem Stipendium. Diese vergibt sie vorzugsweise an Studierende aus Familien ohne akademischen Hintergrund. Außerdem werden gezielt Frauen gefördert sowie Bewerber\_innen mit Migrationsgeschichte. Großen Wert legt die Stiftung auf die ideelle Förderung sowie die Vernetzung ihrer aktuellen und ehemaligen Stipendiat\_innen. Gesellschaftliches Engagement und überdurchschnittliche Leistungen zeichnen die FES-Stipendiat\_innen aus. In Expert\_innen-Netzwerken unterstützt die Studienförderung aktiv die Entwicklung bildungs- und hochschulpolitischer Positionen.

**Kollektives Gedächtnis:** Die Geschichte der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hält die FES mit dem Archiv der sozialen Demokratie und der Bibliothek lebendig. Das Archiv beherbergt die wichtigsten Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Parteien und Gewerkschaften, die daraus hervorgegangen sind, sowie zahlreiche Nachlässe wichtiger Akteur\_innen. Die Bibliothek ist eine der weltweit größten Spezialsammlungen zu diesen Themen. Die Bestände und Sammlungen der FES stehen Historiker\_innen, wissenschaftlich Interessierten und der Öffentlichkeit offen. Veranstaltungen, Wanderausstellungen, Fachkonferenzen und Online-Formate nehmen historische Ereignisse aus aktueller Perspektive in den Blick.

## Zahlen und Fakten zur FES

121

Standorte weltweit, davon 16 in Deutschland und 105 im Ausland

660

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bonner und Berliner Häusern, den Akademien, Landes- und Regionalbüros sowie im Ausland

153 Millionen

Euro Etat, vor allem aus Bundes- und Landeshaushalten

2.834

Studierende und Promovierende gefördert, davon etwa 300 aus dem Ausland

2.600

Bildungsveranstaltungen, Diskussionsforen, Fachtagungen und Ausstellungen mit über 220.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Deutschland

1 Million

Bände in der größten Spezialbibliothek zum Themenbereich deutsche und internationale Arbeiterbewegung; mehr als 30 Millionen Zugriffe im Jahr auf die Internetangebote

56.000 Meter

Schriftgut zur Geschichte der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften, ihrer Persönlichkeiten und anderer emanzipatorischer Bewegungen im traditionsreichsten Archiv aller deutschen politischen Stiftungen

# Geschichte der FES

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist die älteste politische Stiftung Deutschlands. In ihrer 90-jährigen Geschichte hat sich die größte unter den deutschen politischen Stiftungen auf vielen Arbeitsfeldern weltweit einen Namen gemacht.

Als der erste demokratisch gewählte Reichspräsident Deutschlands, Friedrich Ebert, am 28. Februar 1925 stirbt, hat der überzeugte Sozialdemokrat in seinem Testament verfügt, eine Stiftung zu gründen, die dazu beitragen soll, Menschen aller Schichten im demokratischen Geist zu erziehen, das Verständnis zwischen Deutschland und seinen Nachbarn zu verbessern und begabte junge Menschen zu fördern.

Die SPD und ihr nahestehende Gewerkschaften rufen dazu auf, zur Trauerfeier Eberts weder Kränze zu spenden noch Deputationen zu entsenden, sondern für eine Stiftung im Sinne des Verstorbenen zu spenden. Bereits am 2. März 1925 wird in Berlin die Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Zweck gegründet, „jungen, befähigten Proletariern Beihilfen für einen Studiengang an staatlich anerkannten Institutionen zu geben“. Bis Ende 1931 werden insgesamt 295 Studenten mit rund 52.000 Reichsmark gefördert. Dann sind die Mittel der Stiftung erschöpft – eine späte Folge der Weltwirtschaftskrise.

Wie alle sozialdemokratischen Einrichtungen verbietet das NS-Regime im Jahre 1933 auch die Friedrich-Ebert-Stiftung. Auf Initiative des sich im Herbst 1946 neugründenden Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) wird sie nach dem Zweiten Weltkrieg nach Beschluss der SPD-Führung vom Januar 1947 wiedergründet. Im Herbst 1948 bewilligen SDS- und SPD-

Vorstand gemeinsam erste Stipendien für ausgewählte SDS-Funktionäre.

Am 1. April 1954 erfindet sich die Organisation neu und gründet unter Vorsitz des Kölner Hochschullehrers Gerhard Weisser den gemeinnützigen Verein „Friedrich-Ebert-Stiftung zur Förderung demokratischer Volkserziehung e.V.“.

Der 31. Todestag Eberts am 28. Februar 1956 wird zum wichtigen Meilenstein in der politischen Bildungsarbeit der Stiftung: Bundespräsident Theodor Heuss weihet die durch das Bundesland Nordrhein-Westfalen geförderte Heimvolkshochschule Bergneustadt im Bergischen Land ein. Ab Mai 1956 führt der Leiter des Kulturpolitischen Referats im SPD-Parteivorstand, Dr. Günter Grunwald, die Geschäfte der FES von einem kleinen Büro in Bonn aus.

Die Stiftung wird im Verhältnis zur SPD zunehmend eigenständiger, finanziert sich vermehrt aus Steuergeldern und ist bald bundesweit aktiv. Unter der Federführung des ersten Geschäftsführers gelingt es, politische Bildungsarbeit, akademische Angelegenheiten wie Begabtenförderung, sozialwissenschaftliche und historische Forschung sowie Politikberatung und internationale Zusammenarbeit auszubauen.

Die nötigen Finanzmittel speisen sich aus öffentlichen Quellen, unter anderem aus dem Auswärtigen Amt und dem 1961 gegründeten Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit für die internationale Arbeit; der Volkswagenstiftung und der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Forschungsvorhaben sowie dem Bundesinnenministerium für die Begabtenförderung. Die für viele Projekte von Zuwendungsgebern geforderten

**1925** Der Sozialdemokrat Friedrich Ebert, erster demokratisch gewählter Reichspräsident der ersten deutschen Republik, stirbt am 28. Februar im Alter von 54 Jahren.

Am 2. März wird die Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet. Sie soll im Sinne Eberts der politischen Bildung von Menschen aller Schichten im demokratischen Geiste, der Unterstützung begabter junger Menschen und der Förderung des Verständnisses zwischen Deutschland und anderen Ländern dienen.

**1933** Verbot der Stiftung durch die Nationalsozialisten

**1947** Wiederbegründung der FES und Fortführung der Studienförderung

**ab 1956** Eröffnung der ersten Heimvolkshochschule in Bergneustadt durch Bundespräsident Theodor Heuss. Die Stiftung ist bundesweit aktiv, wird eigenständig und finanziert sich vermehrt aus Steuergeldern.

**1954** Eintrag der FES als gemeinnütziger Verein in Bonn

**1969** Eröffnung des Archivs der sozialen Demokratie und der Bibliothek in Bonn. Die neue Zentrale der FES entsteht.

**1963** Aufbau der durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) geförderten Entwicklungszusammenarbeit

1925

1935

1945

1955

1965

Eigenmittel werden durch Spenden aufgebracht. 1965 gelingt es auf Initiative der FES, zur Grundfinanzierung aller politischen Stiftungen im Bundeshaushalt „Globalmittel“ auszuweisen, um Allgemeinkosten unabhängig von Projektgeldern zu decken.

Der 6. Juni 1969 steht für einen Meilenstein vor allem in der historischen Arbeit. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt eröffnet an der Godesberger Allee 149 den Neubau des „Archivs der sozialen Demokratie“ (AdsD). Die neue Zentrale der FES entsteht. Das Archiv beherbergt historische Akten und Nachlässe aus SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion und den wichtigsten Gewerkschaften. Neben dem Archiv steht die Bibliothek der FES, heute eine der weltgrößten wissenschaftlichen Spezialbibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Sozial- und Zeitgeschichte.

Mit diesem Fundus beginnt das seit 1961 von dem Wirtschaftswissenschaftler Dr. Horst Heidermann geleitete Forschungsinstitut, eigenständig historisch zu forschen und zu publizieren. Besonderer Fokus ist der Beitrag von SPD und Gewerkschaften zur Entwicklung der Demokratie in Deutschland sowie – in Auseinandersetzung mit SED und DDR – die marxistisch-leninistische Darstellung der Geschichte.

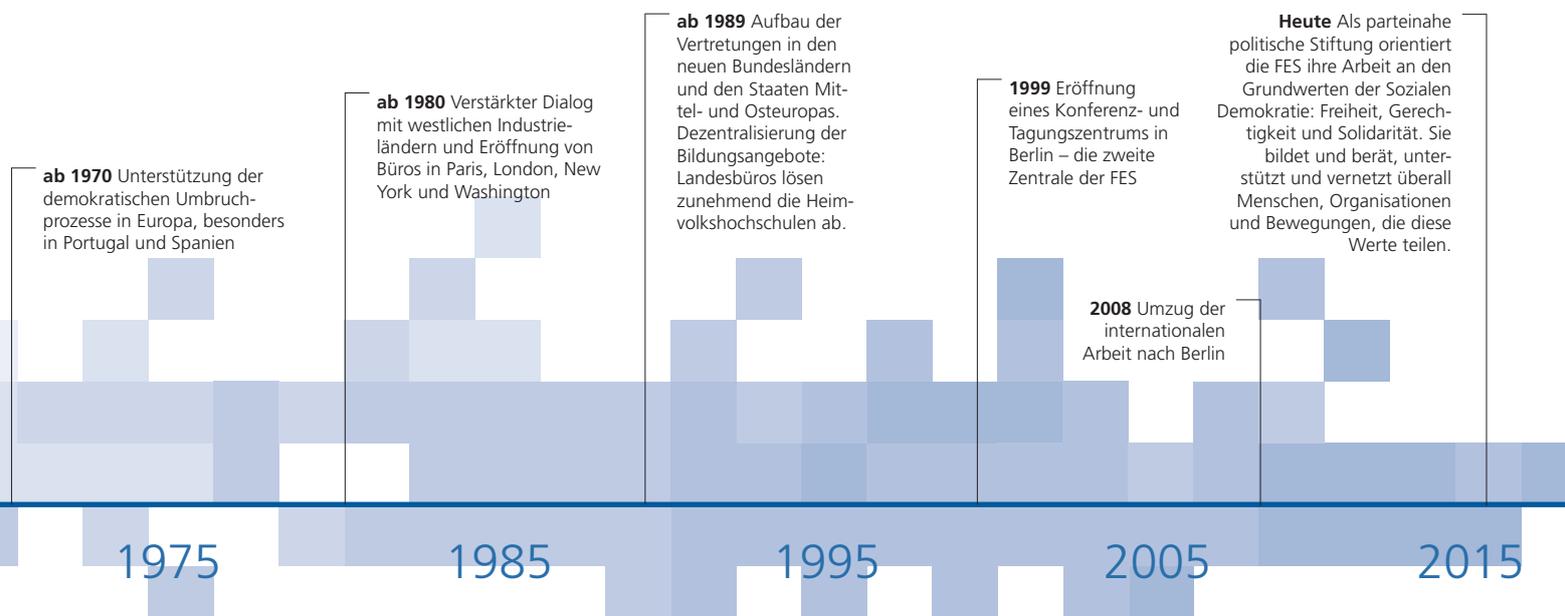
In der internationalen Arbeit konzentrieren sich Organisations- und Politik-Beratung, Forschungskooperation, Wirtschafts-, Demokratie- und Medienförderung anfangs auf Asien, Afrika und Lateinamerika. In den 1970-er Jahren kommt zusätzlich Europa in den Blick: Die FES unterstützt die demokratischen Umbruchprozesse in Portugal, Spanien und Griechenland. 1973 etwa gründet

sich die portugiesische Sozialistische Partei (SP) um den späteren Minister- und Staatspräsidenten Mario Soares in der Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münstereifel. In Spanien unterstützt die FES den Aufbau der Gewerkschaft UGT und der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) um den späteren Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez.

In den 1980-er Jahren wendet sich die Stiftung auch den westlichen Industrieländern zu und eröffnet Büros in Paris, London, New York und Washington. Als die Reformbewegungen in Mittel- und Osteuropa 1987/88 an Dynamik gewinnen, stützt sich die FES dort auf ein Netzwerk, das aus Forschungskontakten, Stipendiaten-Programmen und Austausch von Journalist\_innen entstanden war. 1989 wird ein Büro in Moskau eröffnet. Ab 1990 ist die Stiftung auch in Warschau, Budapest, Prag und Bratislava vertreten. Nach 1989 engagiert sich die FES in den neuen deutschen Bundesländern und gründet Landesbüros.

Die meisten inländischen Heimvolkshochschulen werden in den 1990er-Jahren aufgegeben, da sich die Bildungslandschaft verändert – mit der Folge, dass Landesbüros gegründet werden, die das Bildungsangebot fortan stärker dezentral organisieren. 1999 zieht die Regierung nach Berlin und die Friedrich-Ebert-Stiftung eröffnet ein neues Konferenz- und Tagungszentrum am Berliner Tiergarten. 2008 kommt ein zweites Gebäude für die internationale Arbeit dazu.

Trotz vieler Veränderungen ist doch eines stets gleich geblieben: Die FES steht weltweit für demokratisches Engagement entlang der Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.



# FES-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bonn und Berlin



# Leitbild

## Wer wir sind:

Die 1925 gegründete FES ist die traditionsreichste politische Stiftung in Deutschland. Reichspräsident Friedrich Ebert gab ihr den Namen; seinem politischen Vermächtnis verdankt die Stiftung ihre Entstehung und Aufgabenstellung.

Als eine parteinahe politische Stiftung orientieren wir unsere Arbeit an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das verbindet uns ideell mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften. Als gemeinnützige Einrichtung gestalten wir unsere Arbeit eigenständig und unabhängig.

## Was wir anstreben:

Eine freie und solidarische Gesellschaft mit gleichen Chancen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilhabe – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion; eine lebendige und starke Demokratie; eine nachhaltig wachsende Wirtschaft mit Guter Arbeit für alle; einen Sozialstaat, der vorsorgend mehr Bildung und bessere Gesundheit ermöglicht, aber auch Armut bekämpft und die großen Lebensrisiken absichert; ein Land, das in Europa und in der Welt Verantwortung für Frieden und sozialen Fortschritt übernimmt.

## Was wir tun:

Wir fördern und stärken die Soziale Demokratie vor allem durch

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Unsere Informations-, Orientierungs- und Qualifizierungsangebote motivieren und befähigen zu einem erfolgreichen politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagement. Wir verbessern die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsprozessen;
- Politikberatung: Wir entwickeln Strategien zu zentralen Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik sowie zu Grundsatzfragen der Demokratieentwicklung. An den Schnittstellen von Wissenschaft und politischer Praxis gestalten wir den öffentlichen Diskurs für eine gerechte und zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialordnung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene;
- internationale Zusammenarbeit: Mit Auslandsbüros in über 100 Ländern unterstützen wir eine Politik für friedliche Zusammenarbeit und Menschenrechte, fördern den Aufbau und die Konsolidierung demokratischer, sozialer und rechtsstaatlicher Strukturen und sind Wegbereiter für freie Gewerkschaften und eine starke Zivilgesellschaft. Im europäischen Einigungsprozess engagieren wir uns intensiv für ein soziales, demokratisches und wettbewerbsfähiges Europa;
- Begabtenförderung unter besonderer Berücksichtigung von Studierenden und Promovierenden aus einkommensschwachen Familien und solchen mit Migrationshintergrund. Dadurch tragen wir zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie: Mit dem Archiv, unserer Bibliothek und zeitgeschichtlichen Projekten halten wir die historischen Wurzeln von Sozialdemokratie und Gewerkschaften lebendig und unterstützen die gesellschaftspolitische und historische Forschung.

# Vorstand der FES

## Ehrevorsitzende und Vorsitzende des Kuratoriums



### **Kurt Beck**

Ministerpräsident a. D.  
Vorsitzender der FES

### **Hannelore Kraft**

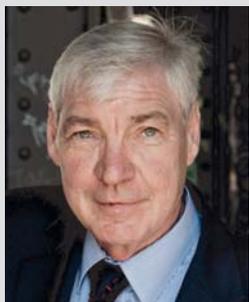
Ministerpräsidentin des Landes NRW  
Stellvertretende Vorsitzende der FES

### **Michael Sommer**

ehem. DGB-Vorsitzender  
Stellvertretender Vorsitzender der FES

### **Dr. Roland Schmidt**

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der FES



### **Prof. Dr. Peter Brandt**

Professor em. der FernUniversität Hagen  
Leiter des Dimitris-Tsatsos-Instituts

### **Dr. Barbara Hendricks**

Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz,  
Bau- und Reaktorsicherheit

### **Barbara Ludwig**

Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz

### **Dr. Werner Müller**

Bundesminister a. D.  
Vorsitzender des Vorstandes der RAG-Stiftung

### **Dr. Rolf Mützenich, MdB**

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

### **Matthias Platzeck**

Ministerpräsident a. D.

### **Prof. Dr. Jürgen Zöllner**

Senator a. D.  
Vorsitzender Stiftung Charité



### **Anke Fuchs**

Bundesministerin a. D.  
Ehrevorsitzende der FES

### **Ingrid Matthäus-Maier**

ehem. Vorstandsvorsitzende der Kreditanstalt für Wiederaufbau  
Vorsitzende des Kuratoriums der FES



## Impressum

### Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.  
Referat Kommunikation und Grundsatzfragen  
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn  
[www.fes.de](http://www.fes.de)

### Bild- und Textredaktion

Referat Kommunikation und Grundsatzfragen

**Bildnachweis:** FES, Liebe

**Lektorat:** Ulrike Schnellbach

**Herstellung:** Katja Ulanowski

**Gestaltung:** [www.zumweissenroessl.de](http://www.zumweissenroessl.de)

**Druck und Verarbeitung:** Brandt GmbH, Bonn

Printed in Germany 2016

ISBN: 978-3-95861-429-1

